

YOIS-Politiktest September 2005

Bildung

Genauso überraschend wie erfreulich sind die Überlegungen aller fünf Parteien für die Bildungspolitik, wo gute Ergebnisse erreicht werden konnten. Doch auch in der Bildungspolitik offenbaren sich Themenkomplexe, die zu wenig oder gar nicht behandelt werden. Eine umfassende Qualitätskontrolle von Bildung, die in Zeiten von PISA eine Selbstverständlichkeit sein sollte, ist ebenso unbeachtet wie die Problematik von Praktika. Hier sahen die Teilnehmer die „Generation Praktika“ als Problem, insofern da gesetzliche Rahmen fehlen, die sowohl einer Perspektivlosigkeit als auch dem Missbrauch Tür und Tor öffnet.

	CDU / CSU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke.PDS
Ziele	++	++	++	++	+
Haushaltspolitische Stellung, ausreichende öffentliche Finanzierung	0	++	-	+	++
Lerninhalte		0	++	+	0
interkulturelles Lernen	0	0	0	+	+
Mitbestimmung stärken	0	0	0	+	+
Frühkindliche Bildung	+	++	++	++	++
Studienfinanzierung	0	+	+	++	+
Qualitätskontrolle (externe Evaluation)	0	0	++	0	0
Stärkung / Profilierung von Forschungsstandorten	++	++	++	++	0
bundesweite / eu-weite Standards	0	0	+	++	+
Bewusstsein für Praktika	0	0	0	0	0
Ganztagsschulen	+	+	++	+	+
Bonus / Malus		+	-	+	-

CDU

Die Ziele der CDU-Bildungspolitik klingen viel versprechend: Gleiche Bildungschancen für alle und keine Begabung ungenutzt lassen. Auch die zusätzliche Milliarde Euro und die drei Prozent des BIP, die die CDU in die Forschung investieren möchte, lassen Forscheraugen leuchten. Doch die frühkindliche Bildung beschränkt die CDU auf die Sprachförderung und die „Ermutigung der Eltern“. Zwar fordert die Union Eliten- und Hochbegabtenförderung, doch der Weg dorthin bleibt im Dunkeln.

Leider gesteht die CDU der Bildung in ihrem Wahlprogramm nur wenig Raum zu. Den meisten Platz nimmt hier die Betonung des christlichen Religionsunterrichts ein. Dagegen lässt die Union viele wichtige Aspekte wie interkulturelles Lernen, Qualitätskontrollen und Studienfinanzierung unerwähnt.

SPD

Die SPD entspricht im Bereich Bildung vielen unserer Forderungen. Sowohl der Notwendigkeit zur Chancengleichheit aller Schüler und Studenten als auch der Leistungsförderung stimmen wir zu. Die von der SPD angestrebte öffentliche Finanzierung der Hochschulen und damit verbunden ein Erststudium ohne Studiengebühren entspricht unseren Vorstellungen.

Gut finden wir die Konzepte zur frühkindlichen Bildung und bewerten dabei besonders positiv, dass die SPD sich um eine bessere Ausbildung von Erziehern in Kindergärten kümmern möchte.

Des Weiteren halten wir ihre „Exzellenzinitiative für Spitzenunis“ und die Ambitionen, eine Elite zu fördern und in der Weltspitze zu etablieren für lobenswert. Die Pläne zur Ausweitung der Ganztagschulen wird ebenso wie der Erhalt des Bafögs begrüßt, wobei bei letzteren ein weiterer Ausbau erwünscht gewesen war.

Kritisch ist anzumerken, dass die SPD keine Stellung zu der Modernisierung von Lerninhalten, zur interkulturellen Verständigung in der Schule, zum demokratischen Mitwirkungsrecht von Schülern und Studenten in Schule und Hochschule, zu regelmäßigen Qualitätskontrollen der Lernniveaus in den Schulen, zur bundesweiten Angleichung von Bildungsstandards sowie der Ausgestaltung von Praktika bezieht. Die Auseinandersetzung mit Studiengebühren wird leider nicht ausreichend geführt.

Ein weiterer positiver Punkt ist jedoch, dass die SPD auch Realschülern mit besonders guten Leistungen einen Zugang zum Studium an Hochschulen ermöglichen will.

Insgesamt müssen wir feststellen, dass die SPD in vielen Fragen auf bereits verabschiedete Maßnahmen verweist, die uns nicht ausreichend sind und dass dafür viele für uns wichtige Punkte keine Erwähnung finden.

Bündnis 90 / Die Grünen

Die Überlegungen von Bündnis90/Grüne zeichnen sich durch große Detailgenauigkeit aus und zeigen große Übereinstimmungen mit den aufgestellten Forderungen. Keine Erwähnung finden Qualitätskontrollen – im Bewusstsein der PISA-Studie zumindest überraschend – sowie eine Ausformulierung von Praktikumsrichtlinien zur Verhinderung von Missbrauch.

Positiv fiel auf, dass bei der Frage der Forschung und der Angleichung von Standards im In- und Ausland umfangreiche Berücksichtigung fand und jeweils eine sehr gute Bewertung rechtfertigte. Eine positive Folgerung aus der PISA-Studie ist in der Behandlung des frühkindlichen Lernens zu erkennen, der zahlreiche Vorschläge beinhaltet. Lerninhalte, Ganztagschulen und interkulturelles Lernen werden zwar auch erwähnt, hier hätte man den Grünen allerdings ein wenig mehr Mut gewünscht.

Die Vereinbarkeit von Chancengleichheit, Leistungsfähigkeit und -bereitschaft ist vor diesem Hintergrund ebenfalls lobenswert. Die Ablehnung von Studiengebühren wird

positiv bewertet, auch wenn die Frage der Finanzierung wie auch in anderen Themenfeldern etwas nebulös bleibt.

Einen Bonuspunkt verdient Bündnis90/Grüne für den Vorrang von Ethik vor der Freiheit der Wissenschaft und Forschung. Die ebenfalls interessanten Überlegungen zur Fachhochschulausbildung von Erzieherinnen muss zunächst den Praxistest bestehen, bevor eine abschließende Bewertung vorgenommen werden kann.

FDP

Chancengleichheit wird von den Liberalen als Maxime eingefordert: Verbindliche Sprachangebote und -tests schon vor der Einschulung sollen hierfür die Grundlage werden. Auch überdurchschnittliche Leistungsfähigkeit soll schon von der „Startklasse“ an besondere Förderung erfahren. „Köpfe sind die wichtigste Ressource unseres Landes“.

Zwar ist klar, dass Ganztageschulen und leistungsfähigere Hochschulen eine bessere Finanzierung benötigen, doch wenn es nach der FDP geht, wird durch Kooperation mit Vereinen, Verbänden und Institutionen Geld gespart. Hochschulen finanzieren sich je nach Bedarf durch Studienentgelte, beispielsweise nachlaufende gehaltsabhängige Studiengebühren. Auch Drittmittelgeber sind herzlich willkommen. Nach einer Zusicherung des staatlichen Beitrags zur Finanzierung der Hochschulen sucht man vergeblich. Ein dickes Minus für die Sparfüchse von der FDP. Immerhin aber wenigstens das Versprechen, dass kein Studium an der Studienfinanzierung scheitern wird. Stipendien und Darlehenssystem sollen aufgebaut werden und das Bürgergeld im Notfall die Lücken schließen.

So wage die Kassenlage bleibt, so konkret wird die FDP in ihren inhaltlichen Vorstellungen: Schon in der Grundschule sollen Technik und Wirtschaftskennnisse aufgebaut und Medienkompetenz gefördert werden. Ganztageschulen die neben kognitiven auch kreative und motorische Fähigkeiten fördern sollen, werden abgerundet durch ein frühkindliches Vorschul-Paket, das vor allem die Integration von Migrationskindern erleichtern soll. Interkulturelle Bildung und der demokratische Mitbestimmungsgedanke bleiben leider außen vor. Dafür sollte eigentlich Platz sein, beschwört die FDP doch schon auf Seite 2 des Wahlprogramms auch den mündigen Bürger.

Ausgereiftes Qualitätsmanagement und Profilbildung sollen die Qualität der Universitäten in ständigem Wettbewerb steigern. Die Erhöhung des Etats für Forschung und Entwicklung bildet das Sahnehäubchen für forschungsstarke Standorte.

Standardisierungspläne auf Bundesebene gibt es lediglich für die Gymnasiendauer und den modularen Aufbau für berufliche Bildung. Europäische Messlatten und Schnittstellen sind leider kein zentrales Augenmerk, deswegen gibt es hier nur einen Punkt. Große Pläne mit konkreter Marschroute. Eine runde Sache – schade nur, dass der Geldbeutel klemmt.

Linke.PDS

Die Themen soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit bilden die zentralen Punkte des bildungspolitischen Wahlkonzeptes des Wahlbündnisses „Die Linke.PDS“. Die Gleichstellung der Geschlechter wird hier mehr als bei den anderen Parteien hervorgehoben. Die Finanzierung des Bildungswesens soll ausschließlich durch die öffentliche Hand erfolgen. Dies beinhaltet gebührenfreie Kitaplätze, Gebührenfreiheit in Schule und Lehre, den Verzicht auf Studiengebühren sowie ausreichende Ausbildungsförderung ohne Rückzahlungsverpflichtungen.

Einen besonderen Schwerpunkt legt die Linke.PDS auf frühkindliche Bildung. Sie fordert die Übernahme von „Bildungsaufgaben im Kindergarten“, den „Einsatz ausgebildeter Fachkräfte“, „intensive Sprachförderung in der Schule“ sowie „die Umverteilung der Mittel zugunsten des Vorschul- und Grundschulangebotes“.

Die Förderung demokratischer Mitsprache an Schulen und Hochschulen, die Einführung der Ganztagschulen und die Angleichung von Qualitäts- und Prüfungsstandards werden im Wahlprogramm der Linke.PDS pauschal in Nebensätzen abgehandelt. Modernisierung der Lerninhalte, Qualitätskontrolle und Profilierung starker Forschungsstandorte fehlen komplett.

Grundsätzlich wird die Bildungspolitik zu allgemein behandelt. Es fehlt durchweg an konkreten Konzepten und Umsetzungsvorschlägen für die schlagwortartig abgehandelten Forderungen, die Finanzierung bleibt offen. Für die Zukunft würden wir uns weniger Polemik, aber mehr Beschäftigung mit den wichtigen Fragen wünschen.

Finanzen

In der Finanzpolitik sorgt der Konsolidierungsdruck für eine Verengung des Blickwinkels, wodurch sich einige interessante Gegensätze ergaben, die damit eine Bewertung der Programme erleichterten. So war leider weder für funktionierende Ansätze zum deficit spending noch für die fiskalpolitische Differenzierung zwischen investiven und konsumptiven Ausgaben die notwendige Sensibilität zu verzeichnen. Positiv in der Finanzpolitik ist anzumerken, dass die Parteien offener sind und sich eher bereit zeigen, unbequeme Wahrheiten zu nennen. Dies führt jedoch dazu, dass die Teilnehmer des Politiktestes leicht die Risiken und Löcher in den Kalkulationen erkennen konnten und somit teilweise bei der Seriosität von Vorschlägen Abstriche machen mussten.

	CDU / CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	Die Linke.PDS
Ziel: Berücksichtigung zukünftiger Generationen / Generationenbilanz	+	0	++	+	0
Konsolidierungskurs (Zeithorizont)	++	+	+	+	--
Streichung von Subventionen	+	+	+	++	-

konsumtive Ausgaben ohne Schuldenaufnahme	+	0	0	0	-
Verschlankeung der öffentlichen Verwaltung	+	+	++	+	0
Vereinfachung Steuersystem / Schließen von Steuerschlupflöchern	++	+	++	++	+
Konjunktur stabilisierungsfonds (Antizyklisches Handeln)	-	0	0	0	0
Nachhaltige Investitionen (bildung / Energie / Familie / Ökologie)	+	++	-	++	++
Verbesserung der Einnahmeseite	+	+	--	+	++
Bonus / Malus	-		+	+	-

CDU

Das Programm der CDU zeichnet sich durch einen sehr großen Abschnitt für die Finanz- und Steuerpolitik aus. Hier sticht vor allem die Steuervereinfachung hervor, sowohl was die Vereinfachung der Steuersätze als auch die Abschaffung von Steuerschlupflöchern betrifft. Hier werden zahlreiche Vorschläge unterbreitet, die auf den ersten Blick plausibel erscheinen. Konkrete Forderungen zum Abbau der Neuverschuldung sind ebenfalls vorhanden wie die Forderung nach einem Konsolidierungspakt zwischen Bund und Ländern, der wegen seiner Vermeidung von gegenläufigen Entwicklungen besondere Aufmerksamkeit verdient.

Bei der Differenzierung zwischen konsumtiven und investiven Ausgaben und der Verschlankeung der öffentlichen Verwaltung sind die Formulierungen sehr vage. Beim deficit spending ist es notwendig, der CDU einen Minuspunkt zu erteilen, da sie prozyklisches Agieren in Rezessionen vehement beschwört.

SPD

Die SPD verfolgt mit ihrem Programm zwar das Ziel der Haushaltskonsolidierung, bezieht sich bedauerlicherweise jedoch nicht auf die Problematik der Generationengerechtigkeit. Der dringend notwendigen Vereinfachung des Steuerrechtes wird wenig Beachtung geschenkt. Allerdings befasst sich die Partei mit der Verbesserung der Einnahmenseite.

Konkrete Maßnahmen sind dabei die Vermögenssteuer, die Erbschaftssteuer und das Stopfen von Steuerschlupflöchern. Positiv sind nachhaltige Investitionen in Form einer Förderung von Kitaplätzen, erneuerbarer Energie und Forschung zu sehen. Die von uns geforderte Verschlankeung der öffentlichen Verwaltung wird durch einen angestrebten Bürokratieabbau indirekt realisiert.

Insgesamt zeichnet sich das Programm der SPD zu den Finanzen durch eine geringe Detailtiefe aus und offenbart eine gewisse Distanz zur Verkündung neuer Grausamkeiten durch die Vermeidung jeglicher Festlegung bei einer weiteren Reform der Ausgabenseite.

Bündnis 90 / Die Grünen

Der grüne Kurs in Richtung Nachhaltigkeit ist gesetzt: dass hierbei weder der Sozialstaat noch der Notwendige Abbau der Staatsverschuldung auf der Strecke bleiben dürfen, steht außer Frage.

Einen Teil dazu beitragen, soll die Streichung umweltschädlicher Subventionen, wie der Entfernungspauschale, und die Abschaffung der Kohlebeihilfe. Auch der Abbau von Steuerprivilegien wird angesprochen.

Der Vereinfachung des Steuersystems ist ein eigener Unterpunkt gewidmet. Dabei scheuen sich die Grünen nicht den Bierdeckel von Herrn Merz zu erwähnen, allerdings würde ihnen auch ein einfaches Blatt Papier reichen. Sprich, das Steuersystem soll in weiten Bereichen vereinfacht werden und allgemein verständlich gestaltet werden. „Steuerliche Schlupflöcher“ sollen bei Tabak und Alkohol geschlossen werden. Im Ausland lebende Deutsche sollen ein Einkommenssteuerpflichtig werden.

Ökonomie und Ökologie vermählen sich in grüner Investitionspolitik und manifestieren sich in der Konzentration auf Forschung und Technologieförderung, besonders im Bereich erneuerbarer Energien, mehr Geld für Bildung und Kinderbetreuung.

Auf der Einnahmeseite zeigen die Grünen durchaus Ambitionen:

Körperschaftssteuereinnahmen durch Ausweitung der Mindestbesteuerung stabilisieren, Anhebung des Spitzensteuersatzes, auf 45% und Neueinführung einer Vermögenssteuer auf privates Vermögen. Besonders anzumerken bleibt der für die Grünen typische Blick über den Tellerrand: Europaweite Kerosinsteuer und Einnahmen aus der Tobin Steuer sollen für die Finanzierung öffentlicher Entwicklungshilfe eingesetzt werden.

Um auf nationaler Ebene verlorene steuerliche Handlungsfähigkeit zurück zu gewinnen soll auf EU Ebene verstärkt zusammen gearbeitet werden.

Konstruktive Ausgaben sowie die Verschlinkung der Bürokratie werden zwar angesprochen, aber nicht mit Tiefgang behandelt. Ideen zur funktionierenden Ausgestaltung antizyklischer Konjunkturpolitik fehlen gänzlich.

Das „ökologische Prinzip der Nachhaltigkeit muss auch für die öffentlichen Finanzen gelten“. Den entscheidenden Punkt generationengerechter Finanzpolitik haben die Grünen erkannt.

FDP

Die Liberalen bekennen sich zu einer „konsequente[n] Konsolidierung der öffentlichen Haushalte“, denn Schulden „belasten nachfolgende Generationen“. Die Belastungswirkungen der Staatsverschuldung werden erkannt und sollen durch offizielle Generationenbilanzen sowie Generationenverträglichkeitsprüfungen sichtbar gemacht werden.

Der Sparkatalog umfasst dabei ein Subventionsbegrenzungsgesetz (d.h. Befristung aller neuen Subventionen), das Ende der Kohlesubventionen, eine leider allzu undifferenzierte 20%-Kürzung aller Subventionen sowie einen „radikalen Bürokratieabbau“, der u.a. eine prinzipielle Befristung aller neuen Gesetze und einen Bürokratiekosten-TÜV vorsieht. Das Steuersystem soll vereinfacht,

Ausnahmeregelungen sollen „konsequent abgeschafft“ werden (wobei nicht ersichtlich wird, welche genau – etwa alle?).

Die Investitionsseite – wo explizit lediglich höhere Ausgaben für Forschung gefordert und ansonsten nur die niedrigen Straßeninvestitionen beanstandet werden – wird von der FDP genauso vernachlässigt wie die Einnahmenseite, wo sie für drastische Steuersenkungen plädiert (Ökosteuer, Soli, Einkommensteuer, Vermögensteuer). Für die Notwendigkeit einer antizyklischen Konjunkturpolitik scheint das Verständnis ebenso zu fehlen wie für die Bedeutung der Differenzierung zwischen konsumtiven und investiven Ausgaben. Positiv fällt dagegen der Vorschlag auf, den parlamentarischen Beirat für Nachhaltigkeit zu stärken.

Ingesamt jedoch scheinen die Liberalen über ein substantielles Konzept einer generationengerechten Fiskalpolitik nicht zu verfügen.

Linke.PDS

Die Linke.PDS scheint in ihren Forderungen den Bedürfnissen der Bürger gut zu entsprechen. Die im Wahlprogramm erwähnten Punkte wie Förderung von Investitionen in Bildung, Wissenschaft, Forschung und in zukunftsfähige Technologien sowie Maßnahmen zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer und Ausdehnung der Erbschaftssteuer werden von uns eindeutig begrüßt. Während die Vereinfachung des Steuersystems konterkariert wird, bewerten wir das Schließen von Steuerschlupflöchern als positiv. Wichtige Forderungen auf dem Gebiet der Staatsfinanzen wie die Begleichung konsumptiver Ausgaben ohne zusätzliche Kreditaufnahme, die Streichung nicht zukunftsfähiger Subventionen sowie ein Bürokratieabbau finden keine Erwähnung.

Ein Konzept zur antizyklischen Wirtschaftspolitik wie z.B. die Einrichtung eines Konjunkturstabilisierungsfonds fehlt völlig. Auf die überfällige Konsolidierung des Staatshaushaltes wird überhaupt nicht eingegangen. Dies halten wir vor dem Hintergrund der großzügig eingeplanten Ausgaben für sehr problematisch.

Abschließend stellen wir fest dass die Vorstellungen der Linken.PDS nicht hinreichend auf Generationengerechtigkeit überprüft worden ist und an manchen Stellen finanzpolitischer Sachverstand gefehlt zu haben scheint.

Ökologie

Nachhaltigkeit erfordert, das vorhandene Naturkapital zu erhalten, Emissionen auf dem Niveau der Tragfähigkeit zu halten und Gefahrenherde zu eliminieren. Insbesondere in der Energiefrage werden diese Managementregeln verletzt. Notwendig ist ein ambitionierter Umstieg vom fossil-atomaren zu einem solaren Energiesystem, den aber leider nicht alle Parteien unterstützen. Flankierende Maßnahmen zur Erfüllung der Managementregeln sind auch in den Bereichen Verkehr (z.B. Lkw-Maut, Vorrang für die Schiene), Agrar (ökologisch tragfähiger Landbau), Städtebauentwicklung (Altbausanierung statt Flächenversiegelung) und Naturschutz (Erhalt wertvoller Naturräume) unabdingbar. Dabei fielen drastische Unterschiede in den Politikkonzepten auf.

	CDU / CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen	Die Linke.PDS
Erneuerbare Energien Gesetz ausbauen / fortführen	0	+	-	++	0
Atomausstieg	--	+	-	++	++
abrücken von der Nutzung fossiler Ressourcen zur Energiegewinnung / Ziel: solare Vollversorgung	-	-	-	+	+
Energiesteuern erhöhen	0	0	--	++	+
Verkehrspolitische Maßnahmen (Pendlerpauschale abschaffen, Kfz-Steuer)	-	0	--	++	+
Flächenverbrauch / Wohnungsbau (Flächenversiegelung)	0	+	0	++	+
	+	+	--	++	+
Agrarpolitische Maßnahmen					
Grüne Gentechnik	0	0	--	++	++
Naturschutz	-	+	-	++	+
Bonus / Malus		+		+	-
					-

CDU

Die CDU/CSU beschäftigt sich nicht ausreichend mit ökologischen Problemstellungen. Zwar thematisiert das Wahlprogramm „ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltige Landwirtschaft“, hat jedoch weder einen Standpunkt zum Energieerhaltungsgesetz, noch zum Umgang mit Energiesteuern, zur Flächenversiegelung oder zur grünen Gentechnik. Nicht-Erwähnung lässt Böses ahnen, denn nachhaltiger Umgang mit Ressourcen und Ökosystem scheint keine Handlungsnorm zu sein: „Umweltpolitik hat dort Grenzen wo sie Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen unangemessen behindert.“ Deutlich wird diese Position vor allem im Umgang mit fossilen Ressourcen. Das Bekenntnis zur Energiegewinnung durch fossile Rohstoffe und zur risikoträchtigen Atomenergie ist in unseren Augen ein Schritt in die falsche Richtung. Die Atomenergie als innovative Technologie zu bezeichnen wird dem Anspruch an Forschung und Entwicklung den die Union sich selbst stellt nicht gerecht.

SPD

Die SPD baut fast ausschließlich auf bereits umgesetzten Erfolgen auf, ohne Neues vor Augen zu haben. So wird z.B. das EEG gelobt, der Atomausstieg bekräftigt, auf ökologische Steuerreform und Lkw-Maut verwiesen. In die Zukunft gerichtete, neue Initiativen sind allerdings nur vereinzelt zu finden. So soll an einem „breiten Energiemix“ festgehalten werden, was eine Fortschreibung des Status quo andeutet. Unter dem Hinweis auf die Sozialverträglichkeit wird der notwendige Subventionsabbau im Kohlebereich verschleppt, die Entwicklung fragwürdiger sog. „CO2-freier“ Kohlekraftwerke soll subventioniert werden. Viele andere ökologisch

schädliche Subventionen (z.B. Pendlerpauschale, Dieselermäßigung,...) bleiben unerwähnt.

Hervorheben kann sich die SPD dagegen mit ihrem Vorhaben einer Kraftstoffstrategie zur Förderung erneuerbarer Treibstoffe. Klar ist auch das Ziel, den Flächenverbrauch auf 30 ha/Tag bis 2020 zu reduzieren. Dazu soll u.a. das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm ausgeweitet werden. Daneben soll es eine Vernetzung von Naturschutzflächen in Form eines „Nationalen Naturerbes“ geben. Im Agrarbereich bleiben die Formulierungen wieder unklar. „Weder die konventionelle Landwirtschaft noch ökologischer Landbau dürfen benachteiligt werden“, heißt es dort zurückhaltend. Abgesehen von Subventionsabbau und einem Verbraucherschutzgesetz sind weitere Initiativen nicht vorgesehen, über grüne Gentechnik wird kein Wort verloren.

Vor dem Hintergrund solcher reservierter Aussagen kann man sich des Eindrucks nicht verwehren, dass sich die SPD auf ihren umweltpolitischen Lorbeeren ausruhen will. Weitere ambitionierte Schritte zu ökologischer Nachhaltigkeit sind mit der SPD scheinbar nicht zu erwarten.

Bündnis 90 / Die Grünen

Das Wahlprogramm der Grünen in punkto Ökologie besticht durch umfangreiche, gut durchdachte und umsetzbare Konzepte. Das energiepolitische Ziel bis 2020 ist es, 25% der Stromversorgung, der Wärmenutzung, des Kraftstoffverbrauchs und der heute noch chemisch produzierten Güter aus erneuerbaren Energien herzustellen. Durch den Abbau der Kohlesubventionen und die Einstellung der Steinkohleförderung soll die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern reduziert werden. Der Einsatz von Atomkraft zur Energiegewinnung ist wegen schwer abzuschätzender Risiken nicht zu verantworten. Daher sollen besonders gefährdete Anlagen schnellstmöglich stillgelegt, das Endlagersuchgesetz unverzüglich verabschiedet sowie jegliche Privilegierung der Atomwirtschaft abgeschafft werden.

Die Grünen zeigen umfangreiche Möglichkeiten auf, mittels finanzpolitischer Steuerungselemente, wie der Einrichtung einer Kerosinsteuer, der Reduzierung von ÖkosteuerAusnahmen, einer Einschränkung der Pendlerpauschale u. a. die Umweltbelastung zu Reduzierung. Der zusätzliche Flächenverbrauch in Deutschland soll um 75% reduziert werden. In der Agrarpolitik sollen Subventionen abgebaut, der ökologische Landbau gefördert und landwirtschaftliche Betriebe an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet werden. Agro-Gentechnik birgt Gefahren für Verbraucher und Artenvielfalt und wird daher durch das Gentechnikgesetz reguliert. Vorsorgender Umwelt- und Gesundheitsschutz wird von den Grünen weiterhin zu Recht priorisiert.

Die Konzepte der Grünen zeigen, dass Umweltpolitik mit ökonomischen Grundsätzen vereinbart werden kann und muss. Damit erreichen die Grünen unter ökologischen Gesichtspunkten unserer Meinung nach unangefochten den ersten Platz.

FDP

Leider bleiben gute Aussagen im Ökologiebereich des FDP-Wahlprogramms wie „erneuerbare Energien müssen eine wichtige Rolle im Energiemix spielen“ schwammig. Stattdessen will die FDP das EEG durch marktwirtschaftliche Förderung ersetzen und die Ökosteuer abschaffen. Problematisch ist vor allem die Forderung auf längere Zeit nicht aus der Atomenergie auszusteigen und „Ökospielereien“, wie etwa ökologischen Landbau abzuschaffen. Die Grüne Gentechnik wird von der FDP nicht kritisch hinterfragt, das Gentechnikgesetz möchte sie ändern. Insgesamt schenkt die FDP der Ökologie zwar viel Aufmerksamkeit, jedoch vor allem unter dem Gesichtspunkt der marktwirtschaftlichen Nutzung.

Die Linke.PDS

Die Partei geht im Wesentlichen auf alle Fragen der Ökologie ein. Leider findet das EEG im Wahlprogramm keine Erwähnung. Auf positive Resonanz stößt die klare Ablehnung der Atomenergie, wobei nicht erläutert wird wie diese kurzfristig ersetzt werden soll.

Umweltpolitische Forderungen sind häufig sehr allgemein gehalten und lassen konkrete Lösungsansätze vermissen. So ist z.B. unklar, wie eine höhere Effizienz der Energienutzung erreicht werden soll.

Des Weiteren wird ein, aus unserer Sicht richtiges Ende des „Preisdumpings der Handelsketten zulasten der Bauern“ gefordert, jedoch werden auch hier keine Vorschläge zur Lösung des Problems gemacht.

Das klare Bekenntnis der Linkspartei zum Naturschutz ist aner kennenswert. Da der Bereich Umwelt im Programm der Linkspartei lediglich eine Seite ausmacht und somit gegenüber allen anderen Parteien deutlich zurück steht, unterliegt das Programm einer gewissen Skepsis, da die bloße Erwähnung von Aspekten positiv bewertet werden musste.

Die sprachliche Beliebigkeit, die teilweise einer unsichtbaren Checkliste zu folgen schien, erwies sich beim Test als demotivierend.

Insgesamt ist jedoch festzustellen, dass die Partei die Notwendigkeit des Schutzes der Umwelt und dessen Bedeutung für die Lebensqualität der Menschen erkannt hat.

Rente

Die Rentenpolitik ist spätestens seit den Überlegungen zur Riesterrente ein Thema, das einer Entscheidung harrt, um ihre Sicherstellung für die Zukunft zu gewährleisten. Durch den Gegensatz von Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren sowie die Überlegungen zur Bürgerversicherung hat die Rentenpolitik in den vergangenen Jahren ein theoretisches Gerüst bekommen, in dem eine abschließende Bewertung wegen der geringen Prognosefähigkeit immer schwieriger wird. Dies ist auch der Grund, weshalb die Teilnehmer des Politiktestes zu einer Stellungnahme zu einem Modell der Rentenversicherung nicht bereit waren. Die Finanzierung versicherungsfremder Leistung, die Bedeutung von Migranten für die Rentenkassen und die Frage der Beitragsbemessungsgrenzen wären Reformansätze, die allerdings von den Parteien nicht ausreichend behandelt wurden.

	CDU / CSU	SPD	FDP	Bündnis 90 Die GrünenGrüne	Die Linke.PDS
private Vorsorge	++	+	+	+	0
keine Rentenkürzungen	0	+	0	-	+
Auslagerung versicherungsfreier Leistungen	0	0	0	0	+
Rente ab 67 sozial abstützen	0	0	0	0	-
Pflegeversicherung dynamisieren	++	++	++	++	0
Kindererziehung stärker anerkennen	++	0	0	0	+
Migration / Integration verbessern	0	0	0	0	0
Renten / Pension gleich behandeln	0	+	0	+	++
Beitragsbemessungsgrenzen mit Höchst- und Mindestrate	0	0	0	0	+
Problembewusstsein für demographischen Wandel	+	+	+	+	0
Bonus / Malus		-	-		-

CDU / CSU

Im Bereich der Rente schneidet die CDU/CSU recht gut ab. Der privaten und betrieblichen Altersvorsorge soll ein höherer Stellenwert zugeschrieben werden. „Eine schrittweise Anhebung des Rentenalters“ wird in Betracht gezogen, nicht jedoch ihre Sozialverträglichkeit. Erziehung wird konkret über einen Kinderbonus von monatlich 50€ als Beitragsermäßigung bis zum 12. Jahr honoriert. Dies soll durch die Abschaffung der Eigenheimzulage finanziert werden. Für die Pflegeversicherung soll eine Kapitaldeckung eingeführt werden und

SPD

Die SPD würdigt der Rentenproblematik nur in einem relativ kurzen Abschnitt ihres Wahlprogrammes, zudem zeichnet sich dieser eher durch Prosa denn durch konkrete Vorschläge aus. Dies wirkt sich auf die Bewertung so aus, dass lediglich bei der Dynamisierung der Pflegeversicherung ein doppeltes Plus vergeben werden konnte, da sowohl zur Finanzierung als auch zur Reform der Inhalte ausreichend Stellung genommen wird. Die private Vorsorge wurde nur mit einem Plus bewertet, da die SPD sich nicht kritisch mit den Fehlern der Riesterrente auseinandersetzt, ähnliches gilt für den Halbsatz zu Rentenkürzungen, die zudem mit einem polemischen Angriff auf die politische Konkurrenz verbunden ist.

Die weiteren Punkte wurden für die Überlegungen zur Zusammenlegung von Renten und Pensionen im Rahmen einer Bürgerversicherung sowie für das Problembewusstsein bezüglich des demographischen Faktors vergeben. Auch hier wird eine Bürgerversicherung als schlüssiges Konzept zur Lösung angeboten.

Zu versicherungsfremden Leistungen, der sozial abgesicherten Rente mit 67, den Rentenwirkungen einer Migrations- und Integrationspolitik sowie zu Beitragsbemessungsgrenzen bleibt die SPD zu vage oder schreibt gar nichts, was jeweils mit einer Null zu bewerten war. Wie die vier anderen Parteien beweist die SPD eindrucksvoll, dass die Parteien über kein generationengerechtes Rentenkonzept. Ein Maluspunkt wird durch das Beharren auf der Riesterrente sowie durch unklare Formulierungen zum Charakter Bürgerversicherung notwendig.

Bündnis 90 / Die Grünen

Der „demographische und soziale Wandel“ bringt, so die Grünen, „große Herausforderungen“ für die Gesellschaft mit sich, weshalb die Sozialversicherungssysteme einer neuen, „gemeinsame[n] Gestaltung durch Jung und Alt“ bedürfen. Daher schlagen die Grünen ein Rentenpaket mit drei Bausteinen vor: (1) Einbeziehung aller Berufsgruppen in eine Bürgerversicherung, (2) Ausbau der Teilkapitaldeckung und (3) Abschmelzen der gesetzlichen Rente auf eine „Basisabsicherung“. Sind die ersten beiden Schritte zu begrüßen, so ist das vorgesehene Zurückschrauben des Umlageverfahrens auf ein Minimum nicht hinnehmbar.

Darüber hinaus mangelt es an weiteren Lösungskonzepten. Weder wird die Erhöhung des Renteneintrittsalters thematisiert, noch die Honorierung von Kindererziehung, die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen oder die Höhe der Beitragsbemessungsgrenzen. Die Beschäftigung mit dem Zusammenhang zwischen Rentenfinanzierung und Einwanderung wird versäumt, obgleich ein breiter Maßnahmenkatalog zur Integration von Migranten vorgelegt wird. Insgesamt lässt das grüne Programm also zu sehr im Unklaren, wohin sich das Rentensystem entwickeln soll.

Dagegen werden die Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung konkret dargestellt. Auch hier sollen Bürgerversicherung und erhöhte Privatvorsorge gekoppelt werden. Daneben sollen die Leistungssätze an die Preisentwicklung angepasst, Qualitätskontrollen forciert und verschiedene weitere Maßnahmen ergriffen werden.

FDP

Zum Thema Rente stimmen wir mit einigen Plänen der FDP überein, kritisieren jedoch die Nichtstellungnahme zu vielen unserer Forderungen. Wir begrüßen die geplante Dynamisierung der Pflegeversicherung und die starke Befassung mit dem Problem des demographischen Wandels. Uns fehlt zu ihrem Vorschlag zu einem Rentensystem, das zum Teil aus Umlageverfahren und zum andern Teil aus Kapitaldeckungsverfahren finanziert ist, ein tieferer Einblick, um den Vorschlag zu unterstützen. Ihrer Forderung zu weiterer privater Vorsorge stimmen wir jedoch zu. Uns fehlt in ihrem Wahlprogramm eine Stellungnahme zur Rentenkürzung, der Auslagerung versicherungsfremder Leistungen, der Erleichterung von Migration und der Eingliederung von Migranten, sowie zur Neugestaltung von Beamtenpension. Zudem bleibt der Satz man solle Kindererziehung künftig stärker in der individuellen Vorsorge als in der gesetzlichen Rente fördern, sehr unklar und schwammig und

entspricht insofern nicht unserem Ziel der stärkeren Anerkennung von Kindererziehung.

Die Linke.PDS

In dem kurzen Absatz über die Rente schafft die PDS es durch Häufung von Schlagworten viele unsere Forderungen zu erwähnen.

Deutlich spricht sich die PDS gegen die Rentenkürzung aus, stattdessen will sie eine untere Grenze von 800€ monatlich festsetzen. Auch soll die Eintrittsgrenze nicht angehoben werden, eine illusorische Vorstellung angesichts der demographischen Entwicklung. Die Problematik dieser Entwicklung erfasst die PDS lediglich durch den Satz: „Unsere Gesellschaft wird immer älter.“ Positiv ist, dass die PDS die Erziehung von Kindern anerkennen will. Doch wie das genau geschehen soll, bleibt im Dunkeln.

Ähnlich sieht beim Thema Beamtenstatus aus. Den möchte die PDS langfristig abschaffen, doch über ein genaues Konzept schweigt sie sich aus.

Auch die private Vorsorge und die Pflegeversicherung spricht die PDS nicht an.

Geschickt hat die PDS erkannt, was sich die Wähler wünschen, es fehlen nur leider konkrete Konzepte. Aus diesem Grund erhält die PDS ein Malus für Populismus.